

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **46.** Sitzung  
**des Kreisausschusses**  
(XVI. Wahlperiode)

### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **12.12.2018**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss  
Besprechungsraum 2 (2. Etage)  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
(Tel. 02131/928-2100)  
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr  
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• Vorsitzender**

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

#### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Dr. Gert Ammermann
  3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
  4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
  5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
  6. Herr Dr. Dieter Welsink
  7. Frau Birte Wienands
  8. Herr Dr. Christian Will
- Vertretung für Herrn KTA Werhahn

#### **• SPD-Fraktion**

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

•

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

13. Herr Erhard Demmer
14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

16. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

17. Herr Robert Abts
18. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
19. Herr Dezernent Ingolf Graul
20. Herr Elmar Hennecke
21. Herr Benjamin Josephs
22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
23. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
24. Herr Marcus Temburg
25. Herr Dezernent Harald Vieten

- **Schriftführerin**

26. Frau Annika Geppert

- **Gäste**

27. Dr. Herr Görgen
28. Dr. Reimar Molitor

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	6
2.1.	Naturschutzbeirat am 11.09.2018.....	6
2.2.	Sozial- und Gesundheitsausschuss am 13.09.2018.....	6
2.3.	Planungs- und Umweltausschuss am 20.11.2018.....	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
4.	Dr. Molitor Vortrag zum Agglomerationskonzept.....	7
5.	Dr. Görgen Vortrag zum Projekt ALU Valley 4.0 Rheinisches Revier.....	9
6.	Braunkohlenplanung, Energiewirtschaft und Strukturwandel Stand: Oktober/November 2018 Vorlage: 61/2999/XVI/2018.....	11
7.	Regionalarbeit Stand: Oktober/November 2018 Vorlage: 61/2998/XVI/2018.....	12
8.	Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien Vorlage: 61/3009/XVI/2018.....	13
9.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand November 2018) Vorlage: ZS5/3013/XVI/2018.....	13
10.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3006/XVI/2018.....	14
11.	Anträge.....	15
11.1.	Resolution der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Beibehaltung der Stichwahl bei der Landratswahl 2020" vom 21.11.2018 Vorlage: 010/2994/XVI/2018.....	15
11.2.	Tischvorlage: Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.12.2018 zum Thema "zukunftsfähiger und attraktiver Schienenpersonennahverkehr im Rhein-Kreis Neuss".....	17
11.3.	Tischvorlage: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.12.2018 zum Thema "Unterstützung des Feldbahnmuseums".....	17
12.	Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 19.12.2018 - öffentlicher Teil -.....	18
13.	Mitteilungen.....	18
14.	Anfragen.....	18

- 14.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 30.11.2018 zum Thema  
"Bericht über den aktuellen Sachstand und weitere Entwicklungen bei der  
Metropolregion Rheinland" Vorlage: 010/3022/XVI/2018 ..... 18
  
- 14.2. Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 11.12.2018 zum Thema  
"Bewegungsbad im Elisabeth-Krankenhaus" ..... 18

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Er gratulierte Herrn Mankowsky zum 65. Geburtstag, der auch über seinen Pensionszeitpunkt hinaus möglichst lange seine Aufgaben beibehalten wolle.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

ausgelegt:	Niederschrift Liegenschaftsausschuss am 03.12.2018
<b>zu Top 8</b> <b>„Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit in Kolumbien“</b>	Ergänzende Vorlage der Verwaltung ☒
<b>Zu Top 11</b> <b>„Anträge“</b>	11.1 Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.12.2018 zum Thema "zukunftsfähiger und attraktiver Schienenpersonennahverkehr im Rhein-Kreis Neuss" ☒  11.2 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.12.2018 zum Thema „Unterstützung des Feldbahnmuseums“ ☒
<b>Zu Top 14</b> <b>„Anfragen“</b>	14.1 Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 30.11.2018 zum Thema „Bericht über den aktuellen Sachstand und weitere Entwicklungen bei der Metropolregion Rheinland“ -> Vorlage der Verwaltung ☒  14.2 Anfrage der Kreistagsfraktion SPD vom 11.12.2018 zum Thema „Bewegungsbad im Elisabeth-Krankenhaus“ ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

## **2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse**

### **2.1. Naturschutzbeirat am 11.09.2018**

#### **KA/20181212/Ö2.1**

##### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 11.09.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **2.2. Sozial- und Gesundheitsausschuss am 13.09.2018**

#### **KA/20181212/Ö2.2**

##### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 13.09.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **2.3. Planungs- und Umweltausschuss am 20.11.2018**

#### **KA/20181212/Ö2.3**

##### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 20.11.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **3. Kenntnisnahme von Niederschriften**

##### **Protokoll:**

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

#### **4. Dr. Molitor Vortrag zum Agglomerationskonzept**

##### **Protokoll:**

Herr Dr. Reimar Molitor stellte anhand einer Präsentation (**siehe Anlage 1**) das Agglomerationskonzept vor.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink dankte Herrn Dr. Molitor für den Vortrag und betonte, dass deutlich gemacht wurde, dass aufgrund der Ergebnisse das aktuelle Handeln und Denken im Rahmen der Strukturentwicklung geändert werden müsste. Auch in der Politik sollten neue Entwicklungen diskutiert werden. Er erkundigte sich, wie eine Bündelung der vielen Institutionen stattfinden könne. Es gebe derzeit viele einzelnen Einrichtungen, wie bsp. die ZRR (Zukunftsregion Rheinischen Revier) und die MRR (Metropolregion Rheinland). Auch die Frage der vorhandenen wirtschaftlichen Mittel sei bedeutsam.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, wie eine Querschnittsbetrachtung der einzelnen Regionen erreicht werden könnte. Die Stadt Köln habe möglicherweise im Hinblick auf die Raumentwicklung einen leichten Vorsprung. Daher bestehe die Frage, wie eine Realisierung der Projekte, die aus der Region Köln/Bonn entstehen, auch in den angrenzenden Regionen wie Düsseldorf und dem Rhein-Kreis Neuss erreicht werden könnten. Alle Gebiete sollten in einer Gesamtbetrachtung berücksichtigt werden.

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer erkundigte sich über den aktuellen Stand der Zusammenarbeit der Region Köln/Bonn und der Metropolregion Rheinland.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel zeigte sich über die Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen knappen Wohnungsbauten besorgt. Bis zum Jahr 2040 werde die Einwohnerzahl um 10 % steigen. 41 % davon würden Single-Haushalte sein. Die getroffene Prognose von ca. 20.000 benötigten Wohneinheiten mehr bis zum Jahr 2030 sei daher knapp bemessen. Aus diesem Grund sei eine Kreiswohnungsgesellschaft unabdingbar. Es müssten schon heute Strukturen für diese Prognosen geschaffen werden.

Herr Dr. Reimar Molitor legte dar, dass alle Gebiete, die an die Region Köln/Bonn angrenzen in den Planungen berücksichtigt würden und bereits in einem umfangreichen Konzept integriert wurden. Die Metropolregion Rheinland bildet eine wichtige Schnittstelle zu der Region Köln/Bonn. Viele bestehende aber auch neue Projekte, wie bsp. Olympia oder der angehende Strukturwandel, könnten daher mit der Metropolregion Rheinland zusammen gemeistert werden.

Weiterhin führte Dr. Reimar Molitor aus, dass bei der Projektentwicklung der Region Köln/Bonn nicht in territorialen Kategorien gedacht werden dürfe. Es gehe um die gesamte Rheinschiene, alle Städte/Kreise/Gemeinden stünden hier auf Augenhöhe. Vorteile gebe es daher keine. Der Rhein-Kreis Neuss sei jedoch mit der Schnittstelle zur Metropolregion Rheinland einer der Hauptakteure der Gestaltung neuer Projekte in den Regionen.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt erwähnte, dass ein deutlicher Zuzug in die Ballungsräume stattfinde. Er erkundigte sich, ob Strukturpolitik auch außerhalb der Ballungsräume stattfinde und entsprechende Angebote erarbeitet würden.

Dr Reimar Molitor betonte, dass es im Rahmen des Agglomerationskonzepts wichtig sei, Gewerbe und Arbeitsplätze mit in die Planung der Reviere zu nehmen. Hierbei liege der Fokus auch auf einer Zusammenführung von Wohnen und Arbeiten.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink bestätigte die Ausführungen und erkundigte sich, wie die konkreten Ziele umgesetzt werden könnten. Auch die konkreten Aufgaben des Rhein-Kreises Neuss für die Umsetzung der Ziele sollten benannt werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stimmte den Ausführungen zu und betonte, dass bereits jetzt konkrete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Zielplanungen im Rahmen des Strukturwandels zu erreichen. Es sollte daher ein Konzept entwickelt werden, welches neue Ideen und Entwicklungen der Regionen beinhalte, aber auch die wirtschaftliche Seite berücksichtige. Weiterhin empfahl Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass in dem Kontext alle Regionen zusammenarbeiten sollten, damit das Ergebnis so effektiv und effizient wie möglich werde. Er schlug daher vor, dass in der Kreisausschusssitzung am 13.02.2019 das Sonderthema „Strukturwandel intensiv gestalten“ auf die Tagesordnung gesetzt werde. Im Rahmen dieses Themas solle ein konkreter Rahmenplan für die Begleitung des Strukturwandels von allen Politikern erarbeitet werden. Ebenfalls sei es wünschenswert, konkrete Ziele zu benennen und zu erarbeiten, wie bestehende und künftige Probleme gelöst werden können. Auch sollten die Städte und Gemeinden in dieses Thema einbezogen werden und an der Sitzung des Kreisausschusses (wenn möglich) teilnehmen. Alle Fraktionen sollten daher, bis zum 13.02.2019 Themen sammeln und diese der Verwaltung mitteilen.

*Anmerkung der Verwaltung*

Unter folgendem Link ist der Abschlussbericht zur „Grundlagenuntersuchung Mobilität“ einzusehen:

<https://www.agglomerationskonzept.de/download-gu-mobilitaet/>



## 5. Dr. Görgen Vortrag zum Projekt ALU Valley 4.0 Rheinisches Revier

### Protokoll:

Herr Dr. Görgen stellte anhand einer Präsentation (s. Anlage 2) das Konzept „ALU-Valley 4.0 im Rheinischen Revier“.

Ziel dieses Projektes sei das frühzeitige Aufzeigen und gemeinsame Erarbeiten neuer Zukunftsperspektiven unter Aktivierung möglichst aller gesellschaftlichen Akteure zur Stärkung des Rheinischen Reviers als **Zukunftsstandort für die innovative Anwendung und Nutzung von Aluminium als wichtigem Werkstoff auch in der Zukunft**. 4.0 bedeutet in dem Kontext, dass im Valley neue (digitalisierte) Wertschöpfungsmodelle mit neuen Produkten insb. aus Kunden- und Anwendersicht entstehen sollen.

Mit dem jetzigen Projektantrag solle der Startschuss für die dauerhafte Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen gegeben werden, um langfristig ein **neues Innovations- und Anwendungszentrum für den energieeffizienten Einsatz des Werkstoffes Aluminium** im Rheinischen Revier aufzubauen.

Der Antrag wurde für die

**Phase 1** „Netzwerkbildung und Schaffung einer festen Struktur für das ALU-Valley 4.0 Rheinisches Revier“

gestellt.

Die Phase solle bis Ende 2019 abgeschlossen werden. Anschließend würden die weiteren 3 Phasen eingeleitet werden:

**Phase 2: Aufbau Büro/Geschäftsstelle des ALU-Valley 4.0 Rheinisches Revier (e.V.)** (Ziel: Start 2020)

**Phase 3: Aufbau Campus und Gründerzentrum als Start-Investition** (Ziel: Start 2023)

**Phase 4: Ausbau des Campus zum Valley** (Ziel: Start 202X).

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann dankte Herrn Dr. Görgen für die Präsentation. Der Ansatz der Bündelung sei sehr gut, da das Knowhow nicht verloren gehen dürfe.

Die Aluminiumproduktion bzw. der Schmelzprozess sei auf preisgünstige Stromzufuhr angewiesen, so Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann weiter. Die damaligen Standortentscheidungen seien oft, aufgrund der Nähe zur Braunkohleverstromung getroffen worden. In dem Zusammenhang sei es wichtig, woher preiswerter wettbewerbsfähiger Strom angeboten werden könne, wenn die Braunkohle wegfalle.

Kreisdirektor Dirk Brügge führte aus, dass der Ansatz des Projektes sei, dass Kompetenzen und Anwender aus der Aluminiumindustrie an einem Standort gebündelt wer-

den, dass Neuentwicklungen stärker in den Vordergrund rücken. Im Bereich Aluminium sei der Faktor einer 100 % Recyclingmöglichkeit gegeben, dies sei bei anderen Stoffen, wie bsp. Metall anders.

Herr Dr. Görgen antwortete, dass es noch unklar sei, aus welcher Quelle der preiswerte wettbewerbsfähige Strom in Zukunft zur Verfügung gestellt werde. Dies sei auch nicht das Ziel des Projektes. Durch den Aufbau von Recyclingketten würde die Wiederverwendbarkeit erhöht und dies führe zu einer Steigerung der Energie. Das Ziel sei aber das fachliche Wissen, um das Kernmaterial des Aluminiums zu verbessern.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer gab zu bedenken, dass nach seiner Meinung die Aluminiumindustrie, nicht wie von den Vorrednern dargestellt, stark von der Braunkohle abhängt. Hydro habe einen Vertrag für die Jahre 2018-2025 geschlossen, bei dem Strom aus Wasserkraftwerken geliefert werde. Zudem kaufe Norsk Hydro auf dem gesamten Markt Strom ein, auch aus der Schweiz. Auch habe sich Norsk Hydro bis zum Jahr 2020 verpflichtet, das Unternehmen klimaneutral zu machen. Würden die Recyclingketten zu 100% umgesetzt, so gebe es eine nachhaltige Industrie, was sehr wünschenswert sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass der Strom, der jetzt aus der Braunkohle zur Verfügung gestellt werde auch hier verbraucht werde. Strom nehme immer den kürzesten Weg. Die andere Frage sei, wohin die Bezahlung erfolge.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel zeigte sich darüber erfreut, dass das Thema Aluminium in den Fokus rücke, da im Rhein-Kreis Neuss drei Aluminiumwerke ansässig seien. Diese Werke hätten sich, laut eines Gutachtes, im Kreisgebiet angesiedelt, da dort die Braunkohleregion sei und der Strompreis dadurch wettbewerbsfähig sei. Würde die Braunkohle wegfallen, müsse eine andere Versorgungsquelle (bsp. Gas) in Anspruch genommen werden.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose bestätigte, dass mit dem Projekt „ALU Valley 4.0“ neue Chancen für die Aluminiumindustrie geschaffen werden sollten. Er erkundigte sich, ob das Projekt von der Aluminiumindustrie mitgetragen werde.

Kreisdirektor Dirk Brügge führte aus, dass die Firma RWE, die zwar nicht mit der Aluminiumindustrie aber mit der Stromerzeugung in Verbindung gebracht werde, Partner des Projektes sei. Die Fa. Hydro habe signalisiert, dass sie sich ebenfalls an dem Projekt beteiligen werde. Die Aufgabe der ersten Phase dieses Projektes sei es, ein umfassendes Netzwerk aufzubauen. Das Projekt werde allgemein als sehr positiv und fortschrittlich bewertet.

Herr Dr. Görgen erklärte, dass mehr Einsatzpunkte im Rahmen der Aluminiumindustrie auch zu mehr Erzeugnissen führen und dadurch die eigenen Wertschöpfungsketten gestärkt würden. Aus diesem Grund stünde die Aluminiumindustrie vollumfänglich hinter dem Projekt. Es solle in der Forschung schon darum gehen, die Dinge anwendungsorientiert zu erzeugen. Dazu gebe es weitere Forschungszentren, z.B. Auch ein Anwenderzentrum. Diese seien aber unter dem Namen „Leichtbau“ nicht „Aluminium“ bekannt.

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer erkundigte sich, welche Bedeutung ein Anstieg des Strompreises für die Aluminiumindustrie habe. Zudem merkte er an, dass der Stromweg nicht der kürzeste, sondern der des geringsten Widerstandes sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass eine parallele weltweite Steigerung der Strompreise keine Veränderung und Probleme in dem Sinne mit sich bringe. Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit, spiele eine regionale Preissteigerung aber eine bedeutende Rolle. Die Möglichkeit der Reduzierung der Kosten für die energieintensive Industrie sei der Strompreis bei der europäischen Kommission für Deutschland nahezu ausgeschöpft. Daher sei jede Erhöhung der Kosten für Strom ein Faktor, der die Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumindustrie bzw. aller energieintensiven Unternehmen beeinträchtigen würde.

## **6. Braunkohlenplanung, Energiewirtschaft und Strukturwandel**

### **Stand: Oktober/November 2018**

### **Vorlage: 61/2999/XVI/2018**

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer gab zu bedenken, dass bislang kein weiterer Standort für die Auswahl eines Konverterstandortes in die Planungen eingebracht wurde. Ein möglicher Standort könne Frimmersdorf sein. RWE verfüge dort über Raum und eine Leitung nach Neurath sei nicht besonders weit. Es sei bedauerlich, dass diese Idee, sowohl von Amprion als auch von der Bundesnetzagentur, ständig abgelehnt wurde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass Amprion mehrfach vorgetragen habe, dass der Standort bei den Kraftwerken nicht vorstellbar sei. Es sollte nochmals betont werden, dass die Abwägung von Amprion für eine Standortauswahl sorgfältig erfolgen müsse, da ansonsten in einem nachfolgenden Gerichtsverfahren voraussichtlich eine neue Abwägung gefordert werde.

Auch im Rahmen der Erdverkabelung wurde vom Rhein-Kreis Neuss angeregt, in einem nördlicheren Gebiet einen möglichen Standort für einen Konverter zu prüfen, aber auch das wurde von der Bundesnetzagentur und Amprion abgelehnt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stellte fest, dass die Entwicklungen genauso gekommen seien, wie es Amprion von Anfang an gesagt habe. Amprion äußerte sich damals, dass wenn die Standorte der Dreiecksfläche nicht in Fragen kämen, andere gesucht würden. Daher laufe alles nach dem angekündigten Verfahren.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab den Hinweis, dass Bundesgesetze es erlauben würden auch eine andere Abwägung von Amprion zuließen. Wie die Entscheidung ausfallen werde, werde womöglich erst das Gericht entscheiden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel sagte, dass die Bundesnetzagentur mitgeteilt habe, dass eine Stromversorgung jederzeit sichergestellt werde, unabhängig ob die Stromerzeugung durch Kohle oder auf anderem Wege erfolge. Zudem sei es eine Unverschämtheit, dass bei Osterath eine Erdverkabelung laufe und gerade dort wo es

eine dichte Bevölkerung gebe auf Hochspannungsleitungen ausgewichen werde. Er gehe ebenfalls davon aus, dass gegen den Konverterstandort geklagt werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink schlug vor, in Zukunft im Kreisausschuss die Tagesordnungspunkte Braunkohleplanung, Energiewirtschaft und Strukturwandel zu trennen. Da das Thema des Strukturwandels von enormer Bedeutung sei, solle sich hiermit auch ein eigener Tagesordnungspunkt beschäftigen. Darin sollten Chancen und Möglichkeiten, sowie Planungen und Ziele für einen guten Strukturwandel erarbeitet werden.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erkundigte sich in dem Zusammenhang, ob es schon Unterlagen/Informationen zur Folgenutzung des Kraftwerkes Frimmersdorf gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf seinen Vorschlag, im Kreisausschuss am 13.02.2019 das Sonderthema „Strukturwandel“ intensiv zu behandeln. Bis Anfang Februar sollten daher alle Themen, Wünsche, Ideen zu dem Thema gesammelt und gebündelt werden. Sobald Unterlagen zur Folgenutzung des Kraftwerkes Frimmersdorf vorliegen, würden diese weitergeleitet werden. Derzeit würde von RWE noch daran gearbeitet.

**7. Regionalarbeit**  
**Stand: Oktober/November 2018**  
**Vorlage: 61/2998/XVI/2018**

**KA/20181212/Ö7**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

**8. Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien**  
**Vorlage: 61/3009/XVI/2018**

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel stellte die Frage, wie viel Geld in die Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien fließe und aus welchem Budget das Geld entnommen werde. Zudem sollten die Ergebnisse des Projektes kommuniziert werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die ausgeteilte Tischvorlage. Dort sei beschrieben, was schon alles erreicht wurde. Die Finanzierung erfolge über das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Personalkosten, die dem Kreis für einen Mitarbeiter entstehen, würden von dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu 90 % getragen. Reisekosten würden ebenfalls finanziert.

**KA/20181212/Ö8**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt einer Entwicklungszusammenarbeit mit der Gemeinde Campohermoso zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**9. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand November 2018)**  
**Vorlage: ZS5/3013/XVI/2018**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die aktuellen Arbeitslosenzahlen. Es sei erfreulich, dass die Arbeitslosenquote wieder unter 5 % - bei 4,9 % liege. Diese Entwicklungen zeigen, dass der Rhein-Kreis Neuss auf einem sehr guten Weg sei, aber noch weiter an einer Senkung der Arbeitslosigkeit gearbeitet werden müsse.

**KA/20181212/Ö9**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: November 2018) zur Kenntnis.

## **10. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3006/XVI/2018**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass es besonders erfreulich sei, dass ca. 30 % der Asylbewerber inzwischen in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis seien. Das sei eine Quote mit der im Jahr 2015 keiner gerechnet habe. Diese Entwicklung zeige, dass sich intensive Integrationsarbeit auszahle.

Kreistagsabgeordneter Dieter Jüngerkes erkundigte sich, ob es schon eine Entscheidung hinsichtlich der Überschreitung der 50 % bei den Kosten bei der Bundesbeteiligung gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass es ersichtlich sei, dass 50 % überschritten würden und ab 2019 die Erstattung nicht mehr im bisherigen Umfang über den Bund an den Kreis erfolge.

Kreisdirektor Dirk Brügge ergänzte, dass entschieden worden sei, dass der Sockelsatz (5 Mrd Euro), den auch der Rhein-Kreis Neuss vom Bund erhalte, von 10,9 % Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft auf 3,3 % reduziert werde und dafür den Städten und Gemeinden zusätzliche Beträge über die Beteiligung an der Umsatzsteuer zur Verfügung gestellt würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke kündigte an, dass die Neuregelung im Rahmen der Bundeserstattung auch Auswirkungen auf die festgesetzte Kreisumlage haben werde. Diese würde dann, wie schon angekündigt, voraussichtlich um 0,7 % steigen.

### **KA/20181212/Ö10**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

## **11. Anträge**

### **11.1. Resolution der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Beibehaltung der Stichwahl bei der Landratswahl 2020" vom 21.11.2018**

**Vorlage: 010/2994/XVI/2018**

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann wies den Ausdruck „Abbau der Demokratie auf kommunaler Ebene“ zurück und kündigte an, dass die CDU Kreistagsfraktion dieser Resolution nicht zustimmen werde. Es gebe bei verschiedenen Wahlvorgängen auch verschiedene Möglichkeiten, um ein Mehrheitsbild darzustellen. Daher sei es unverständlich und zurückzuweisen, dass alleine eine Stichwahl für ein demokratisches Vorgehen als Maßstab genommen werde. Dies sei ebenfalls vom Verfassungsgericht entschieden worden. Das Verfassungsgericht habe bei der Abschaffung der Stichwahl die Grundätze der Demokratie als nicht verletzt angesehen.

Eine Legitimation werde nicht erst durch den zweiten Wahlgang geschaffen. Es müsse erkannt werden, dass die Legitimation auch dann entfallen könne, wenn im zweiten Wahlgang die Stimmen, die auf den Sieger entfielen, weniger waren als bei dem Sieger des ersten Wahlgangs. Zudem sei der hier gestellte Antrag überholt. Die Resolution beziehe sich hier auf eine Änderung des Gesetzesentwurfs zur Stärkung des Kreistages. Das Thema der Stichwahl sei bei einer Beratung von Experten im Landtag im Rahmen der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Stärkung des Kreistages aufgekommen. Erst danach sei das Thema von der Regierung aufgegriffen worden und sollte im Rahmen der Überarbeitung des Kommunalwahlgesetzes angepasst werden. Die dazugehörigen parlamentarischen Entscheidungen würden frühestens im Jahr 2019 erfolgen. Die Spitzenverbände seien bereits aufgefordert worden bis Ende Februar 2019 eine Stellungnahme zu der Stichwahl abzugeben. Daher wurde hier die Geschäftsordnung eingehalten und es finde eine ordentliche und transparente Debatte statt.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel legte dar, dass die genannte Begründung so nicht zutreffend sei. Hier gehe es um ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie. Von der Legitimität her gesehen würde bei der Abschaffung der Stichwahl Demokratie abgebaut. Grund dafür seien die Stimmen, die auf die Einzelperson entfielen. Denn ohne eine Stichwahl könne auch eine Person mit nur wenigen Stimmen die Wahl für sich entscheiden. Die SPD Kreistagsfraktion werde der Resolution zustimmen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass die Resolution im November 2018 entstanden sei, dies aber ein Nebeneffekt sei. In Deutschland gebe es das personalisierte Verhältniswahlrecht. Dies bedeute, dass die Sitze entsprechend der Stärke der Partei verteilt würden. Hier müsse aber zwischen den verschiedenen Wahlen unterschieden werden. Bei der Landratswahl gehe es um einzelne Personen, nicht um Parteisitze. Bei einer Personenwahl würde eine höhere Legitimation erreicht, wenn ein Quorum eingeführt werde. Würde die Stichwahl abgeschafft, so könne auch jemand mit wenigen Stimmen gewählt werden. Dies sei ein Abbau der Demokratie. Er führte weiterhin aus, dass die Entscheidung über die Beibehaltung/Abschaffung der Stichwahl natürlich im Landtag entschieden werde, aber dies auch die kommunale Ebene betreffe. Daher sei eine Resolution der richtige Weg.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen sagte, dass sowohl die Beibehaltung als auch die Abschaffung der Stichwahl rechtlich zulässig seien. Meist sei die Wahlbeteiligung bei einer Stichwahl sehr gering. Ob bei einer Stichwahl eine höhere Legitimation bestehe, sei jedoch fraglich. Daher werde die Resolution von der FDP Kreistagsfraktion abgelehnt.

### **KA/20181212/Ö11.1**

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreisausschuss spricht sich gegen eine erneute Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl zum Landrat im Jahr 2020 aus.
2. Der Kreisausschuss kritisiert ausdrücklich das intransparente Verfahren und mahnt eine angemessene Beteiligung und Anhörung der kommunalen Spitzenverbände, so wie es bei solchen grundlegenden Vorhaben üblich ist, an.
3. Der Kreisausschuss lehnt grundsätzlich eine Änderung im Kommunalwahlrecht mit einem derart kurzfristigen Vorlauf ab, da eine verlässliche Planung sowohl für die Parteien als auch für potentielle Kandidat\*innen in unzulässiger Form eingeschränkt wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt



## **11.2. Tischvorlage: Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.12.2018 zum Thema "zukunftsfähiger und attraktiver Schienenpersonennahverkehr im Rhein-Kreis Neuss"**

### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke schlug vor, den Antrag in den Kreisausschuss Februar 2019 zu vertragen.

Nach kurzer Diskussion fasste der Kreisausschuss folgenden Beschluss.

### **KA/20181212/Ö11.2**

### **Beschluss:**

Die Resolution der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema „zukunftsfähiger und attraktiver Schienenpersonennahverkehr im Rhein-Kreis Neuss“ wird mit dem Arbeitsauftrag „Erstellung eines innovativen Verkehrsmobilitätskonzepts“ in den Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss vertragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **11.3. Tischvorlage: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.12.2018 zum Thema " Unterstützung des Feldbahnmuseums"**

### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass nicht die Ordnungsverfügung Ursache sei, dass der Verein in diesem Jahr nicht alle Veranstaltungen abhalten konnte, sondern weil der Brandschutz durch den Verein nicht gewährleistet wurde. Beim Orts-termin am 20.11.2018 wurde durch die Richtern dem Verein deutlich gemacht, dass am Brandschutz noch einiges zu tun sei. Damit die Ordnungsverfügung dauerhaft nicht mehr auflebe, müsse zum einen eine feste Zufahrt für die Fahrzeige der Feuerwehr geschaffen werden, damit das Gelände bei jeder Witterung befahren werden könne und zum anderen die Entnahme des Löschwassers aus dem Löschwasserteich durch einen Saugschacht gewährleistet werden.

Hinsichtlich des Brandschutzes müssten die Kriterien durch den Brandschutzsachverständigen des Vereins und den Brandschutzingenieur geprüft und erarbeitet werden. Die von der SPD vorgeschlagene Hydrantenlösung sei bislang nicht Teil eines erforderlichen Brandschutzes.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke kündigte an, eine finanzielle Unterstützung des Feldbahnmuseums im Hinblick auf den Brandschutz bzw. die Löchwasserversorgung auf die Wunschliste zur Änderung des Kreishaushaltes zu setzen. Bis dahin muss das Brandschutzkonzept des Vereins mit dem Brandschutzingenieur abgestimmt werden und die voraussichtlichen Kosten durch den Verein ermittelt werden.

## **12. Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 19.12.2018 - öffentlicher Teil -**

### **Protokoll:**

Der Kreisausschuss sprach keine Empfehlungen aus.

## **13. Mitteilungen**

### **Protokoll:**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

## **14. Anfragen**

### **14.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 30.11.2018 zum Thema "Bericht über den aktuellen Sachstand und weitere Entwicklungen bei der Metropolregion Rheinland" Vorlage: 010/3022/XVI/2018**

#### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petruschke verwies auf die ausgelegte Tischvorlage.

### **14.2. Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 11.12.2018 zum Thema "Bewegungsbad im Elisabeth-Krankenhaus"**

#### **Protokoll:**

Frau Patricia Mebes teilte mit, dass das Bewegungsbad im Kreiskrankenhaus Grevenbroich zum 31. Dezember 2018 vorerst geschlossen werden müsse. Das in die Jahre gekommene Bad bedürfe einer umfangreichen Sanierung, da Wasser durch ein Leck in den Untergrund versickere. Für die seit dem 16.11.2018 bekannte notwendige Sanierung werde nach jetzigen Schätzungen 6-stelliger Betrag an Reparaturkosten erforderlich.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke teilte mit, dass der Bürgermeister der Stadt Grevenbroich angefragt wurde, ob andere Bäder in Grevenbroich für die Zeit der Sanierung des Bewegungsbades zur Verfügung gestellt werden könnten oder ob es andere Möglichkeiten gebe. Eine Antwort stehe noch aus.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink stellte klar, dass für gewisse Patienten ein Bewegungsbad mit entsprechender der Temperatur, die einzige Möglichkeit sei weitestgehend schmerzfreie Trainingsprogramme und Bewegungen durchzuführen. Insofern sollte das Bad, auch wenn eine Sanierung teuer werde, auf jeden Fall wieder in Betrieb genommen werden. Auch aus fachlicher Sicht würde eine Weiterbetrieung dieses Bades wünschenswert sein, da andere Bäder eine solche Wasserqualität nicht aufweisen könnten.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass in der Aufsichtsratssitzung am 11.12.2018 festgehalten wurde, dass das Bad bis Ende März 2019 wieder in Betrieb genommen werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass nur dieses Bad aufgrund der Temperaturen und der Wasserqualität, für bestimmte Personengruppen in Frage komme. Aus diesem Grund müsse dafür Sorge getragen werden, dass diese Personen in Zukunft das Bad wieder vollumfänglich nutzen könnten. Andere Bäder in Grevenbroich weisen diese Temperaturen und die Wasserqualität nicht auf, sodass auf solche Bäder nicht zurückgegriffen werden könne.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Welsink ausdrücklich zu und betonte, dass auch die Öffentlichkeit über die weiteren Schritte informiert werden müsse.

Eine entsprechende Pressemitteilung werde zeitnah erfolgen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 18:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

  
**Hans-Jürgen Petrauschke**  
Landrat

  
**Annika Geppert**  
Schriftführung